



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Kultur-Land-Schutz: schützt was vor wem?

Wenn das Land verschwindet, geht auch die Kultur verloren. Also höchste Zeit den Boden zu schützen. Endlich haben unterschiedlichste Kreise und Parteien das Thema auch für sich entdeckt. Für uns alle steht viel auf dem Spiel. Nicht nur die Bauern und Bäuerinnen können ohne Land nicht überleben, wir alle stehen gemeinsam an der Wand. Die Frage ist doch, was verlieren wir, wenn wir kein Kulturland mehr haben. Was stirbt dann aus? Wir kennen die Folgen unserer Wachstumsgesellschaft – schneller, grösser, mehr und noch mehr. Dabei wird vieles zerstört, rücksichtslos, auch viel guter Boden. Die ökologischen Folgen dieser Politik werden Tag für Tag sichtbarer. Aber trotzdem sind wir nicht bereit anzuhalten und der Krise ins Gesicht zu sehen. Wir machen weiter, scheinbar ohne Plan.

Ich glaube weder an den Klimaschutz, noch an den Kulturlandschutz, noch an den Artenschutz, noch an den Schutz der Bäuerlichen Familienbetriebe. Alles nur Lug und Trug, schöne Worte, abgenutzt und für die Imagepflege gemacht. Denn die gleichen Kreise, die jetzt z.B. den Kulturlandschutz als medienwirksames Thema aufgenommen haben, treiben den Strukturwandel in der Landwirtschaft voran und propagieren weiterhin Flächenmobilität, Grösse und Wachstum. Nur ist beides gleichzeitig nicht zu haben. Kulturland gibt es nur mit Menschen, die dieses Land kultivieren, die dort leben und arbeiten. Mit jedem Betrieb der aufgegeben wird, stirbt die Kultur, das Klein-Gewerbe, das soziale Leben mit, wir werden gemeinsam zu Grabe getragen.

Wollen wir das Thema Kulturlandschutz ernst nehmen, müssten wir eine Kehrtwende machen und unseren Wachstumswahn über Bord werfen, mit aller Konsequenz. Kulturlandschutz grenzenlos wäre dann das Motto und nicht einzig der Schutz einer Schweizer Idylle. Wir wissen, dass wir auf Kosten anderer leben. Wir leben gut, weil andere zu Hungerlöhnen arbeiten, weil es Kinderarbeit gibt, weil unsere Banken an Drecksgeheimnissen beteiligt sind, weil Rohstoffkonzerne ungehindert ganze Regionen und Länder zerstören. Wir konsumieren weiter wie bisher, denn das ist gut so, das schafft Arbeitsplätze, nur so können wir den Wohlstand in der Schweiz erhalten. So lautet das Gebet der Ökonomen, welches sie nicht müde werden zu wiederholen, nur wird es damit nicht richtiger. Für viele Marktmachtgläubige ist es durchaus vorstellbar, dass in der Schweiz keine Landwirtschaft und damit auch keine Nahrungsmittelproduktion mehr betrieben wird, denn wir SchweizerInnen können es uns leisten alles irgendwoher zu importieren und es ist dann ja auch noch billiger. Aber auch selbstverständlich für diese Anhänger des neoliberalen Denkens, gewisse Naturräume sollen erhalten bleiben: fürs Joggen, Biken, Skifahren, Wandern, Erholen. Diese Räume sollen schön sein, romantisch, idyllisch, kultiviert eben und dabei noch genügend Platz für wilde Spielchen und spannende Events bieten.

Die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft hat viele Folgen, nicht nur ökologische sondern auch soziale. Denn wie kommen die niedrigen Preise von Erdbeeren,

Tomaten oder Kartoffeln zu Stande? Durch Ausbeutung von Menschen, die ohne Rechte auf Plantagen oder in Fabrikhallen arbeiten und wenn sie nicht mehr als Arbeitskraft gebraucht werden, auf die Strasse gestellt oder sogar abgeschoben werden. Dieses Elend, obwohl hinreichend bekannt, wird ignoriert und damit legitimieren wir es auch.

Dass Staaten oder auch Grosskonzerne riesige Landflächen aufkaufen und Kleinbauern und –bäuerinnen von ihrem Boden vertrieben werden, damit unsere Überflussgesellschaft gefüttert wird, blenden wir gerne aus.

Dass Kriege geführt werden, um sich Energiequellen und den Zugang dazu zu sichern, und deshalb Millionen von Menschen flüchten müssen, ist weit weg von unserem Alltag. Die Flüchtlingsdramen vor Lampedusa waren nur in der Weihnachtszeit in den Medien und sind jetzt schon längst wieder vergessen.

Wir schützen in der Regel das, was uns wertvoll ist. Aber haben wir den Wert wirklich erkannt? Ist Kulturland nur eine Investitionsreserve? Oder der Freizeitpark für erholungsbedürftige Menschen? Eine gut angelegte Kapitalanlage, die in Zukunft bei Verknappung der Ressource Boden an Wert gewinnen wird?

Kulturlandschutz wird dann mit Sinn erfüllt, wenn wir inne halten. Schutz heisst auch etwas lieben, wertschätzen und ernstnehmen. Damit müssen die Menschen hier und anderswo mitgemeint sein.

Ulrike Minkner, Vice-Präsident



Interview

R. Rechsteiner

Seite 2



Ernährungs-Souveränität

Agrarpolitik

Seite 3



Ackerbau

Donau Soja

Seite 4

PRÄSIDENT SWISSAID UND ALT-NATIONALRAT SP

Interview mit Ruedi Rechsteiner

Der Bauernverband stellte Anfang Januar, gemeinsam mit einem nationalen Komitee, seine geplanten Aktivitäten zum Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe vor. Raiffeisenbank und Coop treten als Hauptsponsoren auf. Das Komitee setzt sich zusammen aus SBV, dem schweizerische Bäuerinnen und Landfrauenverband, der Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Swissaid und Helvetas.

Herr Rechsteiner, Swissaid ist im Komitee zum Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe in der Schweiz. Warum war es für Swissaid wichtig, sich an dem internationalen Jahr zu beteiligen?

Swissaid engagiert sich weltweit für die Bauern, und zwar für die Familien, denn wenn die Bauern prosperieren, gibt es auch in den Städten genug zu essen.

An der vor kurzem einberufenen Medienkonferenz wurden von den beteiligten Organisationen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Swissaid betonte u.a. dass die Exportsubventionen des Nordens ein Grundproblem für die Bauern des Südens darstellen. Können Sie dies genauer ausführen?

Die Landwirtschaft im Norden hat jahrzehntelang Überschüsse produziert, die dann zu einem Spotpreis in den armen Ländern auf den Markt geworfen wurden. Das hat viele Bauern im Süden ruiniert, deren Böden weniger fruchtbar waren oder die nicht aus industriellen Anbau-Methoden zurückgreifen konnten. Als Hilfswerk setzen wir uns für Ernährungssicherheit ein. Dazu gehört, dass sich die armen Regionen selber mit Nahrungsmitteln von lokal angepassten Pflanzensorten selber ernähren können, also ein hoher Selbstversorgungsgrad mit Grundnahrungsmitteln.

Welchen Handlungsbedarf sehen Sie diesbezüglich der Schweiz?

Ich finde, die Landwirtschaftspolitik ist grundsätzlich auf einem guten Weg, mit ökologischem Leistungsnachweis, weg von der Mengenförderung und einem sehr gut etablierten Bio-Landbau, der kontrolliert wird. Natürlich wäre es schön, der Anteil Bio wäre noch grö-

ser, aber in Afrika und Asien sind wir meilenweit von diesem Weg entfernt. Die Regierungen vernachlässigen die Landwirte, sie sind gegen biologische Anbaumethoden und spannen mit den Agrokonzernen zusammen, setzen auf Gentech und Agrochemie, vertreiben die Kleinbauern mit Gewalt und holzen die Wälder rücksichtslos ab.

Die Abschaffung der Exportsubventionen wird auch von Uniterre seit Jahren gefordert. Der Bauernverband dagegen kämpft gemeinsam mit der Nahrungsmittel-Industrie für die Beibehaltung von z.B. dem Schoggi-Gesetz. Kann das Komitee eventuell dieses Internationale Jahr für die Entwicklung neuer gemeinsamer Vorstellungen nutzen?

Ich finde schon, man darf bei den Subventionen zwischen Grundnahrungsmitteln und Genussmitteln unterscheiden. Auch in der Schweiz gibt es ärmere Gebiete, in denen die Milchwirtschaft wichtig ist. Das Schoggigesetz ist für mich nicht ein zentrales Problem, viel schlimmer finde ich die Steuerbefreiung der Agrotreibstoffe. Weizen, Soja und Mais gehören nicht in den Benzintank und der Import von Palmöl sollte viel strenger geregelt werden.

Die Begriffe *bäuerlich* und *Familienbetrieb* sorgen immer wieder für Missverständnisse. Wurden die Begriffe eigens für die Schweiz definiert? Ab wann ist ein Betrieb in der Schweiz kein Familienbetrieb mehr? Ab wann ist er nicht mehr bäuerlich, sondern industriell?

Ich denke, man muss das situativ beantworten. Eine Bauernfamilie kann mit Gemüse auf wenig Boden eine hohe Wertschöpfung erreichen. Bei Viehzucht

oder Getreide sind die erforderlichen Flächen viel grösser, um davon leben zu können. Entscheidend scheint mir das Ergebnis des Weltagrarberichts von 2008, der besagt, dass Bauernfamilien und biologische Anbaumethoden genauso produktiv sein können wie die industrielle Landwirtschaft, aber letztlich viel produktiver, weil die Böden bei sachgerechtem Anbau produktiver bleiben und weil viel weniger Erdöl und Gift im Spiel ist.

In der Schweiz schliessen 3 Betriebe täglich ihre Stalltüren für immer. Es sind die kleinen und mittleren Betriebe, die den Grossbetrieben weichen. Wie stellt sich Swissaid zu diesem rasanten, durch das BLW gewollten und forcierten Strukturwandel?

Wir sind punkto Schweiz etwas zurückhaltend, denn unser Kernauftrag besteht darin, die Ernährungssicherheit in den armen Ländern des Südens zu verbessern. Wir prangern an, was den dortigen Kleinbauern schadet und setzen uns ein für Investitionen und Landrechte der einheimischen Bevölkerung. Dazu gehört auch eine Neuorientierung der Forschung, sie sollte sich vermehrt den Kleinbauern widmen und den Anbaumethoden einer kleinräumigen Landwirtschaft mit hoher Biodiversität, statt nur den Grosskonzernen zu helfen, deren Politik dazu führt, dass die Kleinbauern sich stark verschulden müssen und schliesslich faktisch enteignet werden.

Auf der Homepage von familyfarming wird mit *heimeligen* Bildern von glücklichen Familien für das Jahr der Familienbetriebe geworben. Auf der anderen Seite wird heute den älteren Generationen empfohlen, den Hof bei Übergabe zu verlassen, die Scheidungsraten auf den Höfen nähern sich der Rate in der übrigen Gesellschaft stetig an und die Überschuldung lastet schwer auf den Betrieben. Heile Welt gewünscht und unterstützt – aber ist das nicht etwas scheinheilig?

Das ist es in der Tat, aber dieser Strukturwandel ist auch nicht wirklich neu. Entscheidend scheint mir, dass es immer noch viele Bauern gibt, die sich im Markt halten können, mit guten, gesunden Produkten, und dass diese Landwirte auch finanziell eine sehr namhafte Hilfe erhalten. Persönlich hoffe ich, dass jeder Landwirt auch



Ruedi Rechsteiner

Energiewirt wird, denn die Dächer sind riesig und können die Nachfrage nach sauberem Strom befriedigen. Das kann auch finanziell interessant sein. Im Übrigen: Die Unterstützung des Bundes an die Schweizer Landwirtschaft ist ein Vielfaches grösser als die Auslandhilfe der Schweiz im Süden, obschon die Schweiz in den Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika hohe Handelsüberschüsse erzielt und letztlich von ihnen auch stark profitiert.

Junge Landwirte und Landwirtinnen suchen heute nach neuen kollektiven Formen zur Bewirtschaftung von Betrieben, müssten wir nicht auch diese jungen Menschen mit ihren neuen Ideen unterstützen, anstatt auf wertkonservative Strukturen zu setzen?

Eine gemeinsame Bewirtschaftung von Boden hat sicher gewisse Vorteile, etwa wenn man sich die Landmaschinen teilen kann. Die Zahlungen des Bundes sollten so gestaltet sein, dass solche Betriebsformen nicht benachteiligt werden.

Ruedi Rechsteiner, Sie sind ein eingetragener Sozialdemokrat mit eindrücklichem politischem Fussabdruck im Bundeshaus. Wäre ein nationaler Gesamtarbeitsvertrag für die Angestellten in der Landwirtschaft ein Thema für die SP?

Ein Gesamtarbeitsvertrag könnte dafür sorgen, dass die Arbeit auch für Schweizerinnen und Schweizer wieder attraktiver wird; dies würde im Effekt die Zuwanderung ausländischer Hilfskräfte bremsen. Leider ist es aber so, dass gerade die Partei, die das Thema Ausländer bewirtschaftet - die SVP - solche Massnahmen bekämpft. Die SP wäre sicher für eine solche Vereinbarung - das Kunststück besteht dann aber wohl darin, dass auch die Produkte noch wettbewerbsfähig sein müssen.

Vielen Dank für das Interview.

Das Gespräch führte
Ulrike Minkner

Ruedi Rechsteiner ist Ökonom, war 1995-2010 Nationalrat und ist einer der Väter der kostendeckenden Vergütung (KEV). Er ist seit 2008 Präsident von Swissaid und lebt in Basel.



Aktion von Uniterre und Swissaid gegen Agrotreibstoffe, 2011

ERNÄHRUNG SOUVERÄNITÄT

Agrarpolitik geht uns alle etwas an!

Immer mehr Menschen wollen wissen, woher unsere Nahrung kommt, und wie sie produziert wird. Wenn wir nicht sorgsam mit dem Thema umgehen, wenn wir uns nicht darum kümmern, werden andere darüber entscheiden.

Die bäuerliche Landwirtschaft kommt in der Schweiz, wie in anderen Ländern auch, durch die ständig zunehmende Industrialisierung in der gesamten Nahrungskette immer mehr unter Druck. In der Schweiz verschwinden täglich sang- und klanglos zwei bis drei Höfe. Die einen geben auf und die anderen übernehmen ihren Boden, Grössenwachstum heisst das Zauberwort.

Die einfach zu bewirtschaftenden Flächen werden übernommen, die anderen sind uninteressant. Seit 1990 sind mehr als 35'200 Betriebe verschwunden. Die Zahl der aktiv in der Landwirtschaft arbeitenden Personen hat sich von 253'500 auf 162'000 im Jahr 2012 verringert. Die Zahl der kleineren Betriebe sinkt kontinuierlich, während die Zahl der Betriebe mit über 50 Hektaren stetig ansteigt. Auch die Betriebsergebnisse zeigen ein düsteres Bild: lediglich 38 Prozent aller Betriebe weisen eine finanziell gute Situation auf, 24 Prozent der Betriebe eine sogenannte beschränkte Selbstständigkeit (Verschuldungsgrad über 50%) und weitere 38 Prozent sind in einer finanziell bedenklichen Situation, sie leben von der Substanz. Daraus lässt sich ablesen, dass bereits die Hälfte der finanziellen Mittel aller Betriebe, geliehenes Geld ist. Die Agrarpolitik des Bundesamts für Landwirtschaft und die Begehrlichkeiten des Marktes führten zu dieser negative Entwicklung.

Agrarpolitik und ihre Auswirkungen

Die Landwirtschaftspolitik wird in der Schweiz durch die Festsetzung des Rahmenkredits für Direktzahlungen gestaltet. Im hektischen Vierjahresrhythmus wird jeweils das Landwirtschaftsgesetz mit seinen Verordnungen neu definiert. Noch werden für die neue Agrarpolitik (AP 14-17) diverse Verordnungen ausgearbeitet und schon beschäftigen sich Bundesämter, Behörden, Verbände mit dem nächsten Paket. Während in der Landwirtschaft immer weniger Menschen arbeiten, wird der Verwaltungs- und Kontrollapparat immer grösser und teurer.

Es ist zu beobachten, dass die neuen Rahmenbedingungen der AP und die Talfahrt der Lebensmittelpreise auf Grund der Liberalisierung der Märkte dazu führt, dass eine kostendeckende Produktion verunmöglicht wird und sich deshalb immer mehr Bäuerinnen und Bauern aus der Nahrungsmittel-

produktion zurückziehen.

Die bisherige Agrarpolitik fördert ausserdem eine Aufspaltung in «ökologische Reservate» und in wenig intensiv- bis hin zu sehr intensiv genutzten Flächen. Diese Aufspaltung bringt nicht den gewünschten und versprochenen Effekt von einer gesamthaft bodenschonenden Landwirtschaft mit mehr Biodiversität. Nur wenn überall bodenschonend gewirtschaftet wird, bleiben uns der landwirtschaftliche Boden und eine ökologische Produktion erhalten.

Weiter ist festzustellen, dass die heutige AP samt Direktzahlungssystem in zunehmendem Masse so gestaltet wird, dass das System «freihandelstauglich» und WTO-kompatibel ist.

Der Freihandel und was wir dazu zu sagen haben

Die Schweiz und ihre Freihandelsabkommen sollten uns vermehrt beschäftigen, denn dort werden unsere zukünftigen Gesetze und diejenigen der anderen Unterzeichnerstaaten gemacht. Sie betreffen alle Lebensbereiche. Die Schweiz hat bereits heute über 20 Freihandelsverträge abgeschlossen (z.B. mit Israel, der Türkei, Kanada, Kolumbien, Ägypten). Das neueste Freihandelsabkommen mit China wurde am 6. Juli 2013 unterzeichnet. Daraufhin konnte sich noch das Parlament dazu äussern. Die Bevölkerung aber wurde weder umfassend über die Inhalte des Abkommens informiert, noch haben wir die Referendumsmöglichkeit. So forderten Kreise der SP und der SVP, das Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Dies wurde im Parlament abgelehnt. Zuvor liessen Nationalrätinnen und Nationalräte das Parlament wissen, dass sich 72 Prozent von ihnen im Jahr 2011 für einen «stärkeren Einbezug der Menschenrechte in Freihandelsabkommen» ausgesprochen hatten.

Wichtig erscheint mir, dass wir verstehen, dass Freihandelsabkommen unter der Annahme abgeschlossen werden, dass Zollsenkungen und die Ausmerzungen von sogenannten Handelshemmnissen zu mehr Handel und Wirtschaftswachstum führen und damit zu mehr Wohlstand. Die Geschichte zeigt das Gegenteil auf. Seit der Gründung

der WTO im Jahr 1995 hungern immer mehr Menschen, mehr Menschen leben in Armut und die Schere zwischen arm und reich tut sich immer weiter auf. Und dies nicht, weil es zu wenig Nahrung gibt, sondern weil Nahrung dorthin fliesst, wo höhere Profite gemacht werden können.

Freihandelsabkommen tangieren zudem die Souveränität in vielen verschiedenen Bereichen. So können Regierungen verpflichtet werden, ihre zukünftige

Innenpolitik den Regelwerken von abgeschlossenen Freihandelsabkommen zu unterstellen. Bereiche wie die Kennzeichnung von Lebensmitteln, toxische Grenzwerte, Arzneimittelpreise, soziale und ökologische Standards, Urheberrechte, Nutzung von Land und Rohstoffen wären betroffen. Bei uns würde bei einem Freihandelsabkommen mit den USA höchstwahrscheinlich die Lebensmittelsicherheit völlig untergraben. Sollte das Abkommen zu Stande kommen, müssten wir uns damit auseinandersetzen, dass die aus Hygienegründen chlorvergasteten Hähnchenteile aus den USA auch hier erlaubt wären oder dass Fleisch von mit Wachstumshormonen gemästeten Tieren in den Verkaufsregalen in der Schweiz landeten. Die Gentechnikfreiheit würde aufs Spiel gesetzt. Durch die grössere Auswahl an billigeren Produkten würde die einheimische Produktion unter immer grösseren Druck geraten und es wäre noch schwieriger die hohen Schweizer Standards zu halten.

Souveränität bedeutet auch Solidarität

Es gibt immer mehr verantwortungs-

La ligne nature
Metrabol
BOLUS naturel après-vélage
Nettoyage et tonus
Taritral
TARIR avec la nature
sans antibiotique
Parabol
en cas de cellules
somatiques
LGC SA
ONLINE SHOP 1627 Vaulruz
www.lgc-sa.ch 026 913 79 84

bewusste Bürgerinnen und Bürger, die wissen wollen, woher die Nahrung kommt und wie sie produziert wurde. Auch die Parteien haben gemerkt, dass das Thema für ihre WählerInnen von Wichtigkeit ist. So spriessen Initiativen zum Thema förmlich aus dem Boden. Freuen wir uns also auf die umfassende gesellschaftliche Debatte.

Von zentraler Bedeutung ist, dass uns klar wird, dass unsere Landwirtschaft auf dem internationalen Markt nicht konkurrenzfähig ist. Wir haben keine Ställe mit tausenden von Kühen wie in Frankreich oder in den USA, wir haben hohe Infrastrukturkosten und wir haben hohe Standards, die wir auch nicht aufgeben wollen. Einige Wirtschaftsökonomen wollen uns weismachen, dass wir Qualität exportieren sollen. Aber Qualität zu Weltmarktpreisen gibt es nicht, denn der Markt orientiert sich immer am billigsten Angebot. Deshalb müssen wir den Gesellschaftsvertrag erneuern und die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik gemeinsam diskutieren und gestalten. Mischen wir uns ein!

Ulrike Minkner
Biobäuerin Mont-Soleil

Ihre Stimme zählt. Schreiben Sie Ihre Meinung hier im Journal.
info@uniterre.ch



Gemeinsam in Bern, März 2012. Foto Kurt Graf

ACKERBAU

Soja: von Paraná zur Donau

Soja ist zu einer zentralen Kultur für die Tierproduktion geworden. Dank ihrem hohen Eiweissgehalt dem hohen Anteil an Aminosäuren (Lysin) ist ihr Nährwert besser als bei anderen Eiweisspflanzen. Wir brauchen Soja, damit unsere Tierproduktion konkurrenzfähig bleibt und wir unser heutiges Produktionssystem erhalten können. Doch Lateinamerika hat bereits Mühe, unsere Wertschöpfungsketten zu versorgen und gleichzeitig zu garantieren, dass die Sojaprodukte nicht mit GMO kontaminiert werden. Deshalb könnten sich die Länder in der Donauregion als neues Eldorado hervortun. Während diese Idee in verschiedenen Medien Schlagzeilen macht, wollen wir abwägen, ob es sich dabei um eine reelle Chance handelt – oder um eine Scheinlösung.

Die Sojakultur ist nicht erst seit heute von geopolitischer Bedeutung. Die Sojabohne stammt aus China, wo sie seit über 5000 Jahren angebaut wird. In den USA hat sich die Kultur erst im 20. Jahrhundert durchgesetzt und massiv an Bedeutung gewonnen, als industrielle Verarbeitungsmöglichkeiten gefunden wurden, und während des Zweiten Weltkriegs, als die USA von ihren herkömmlichen Versorgungsregionen abgeschnitten wurden. Die Preise stiegen um 50% und die Anbaufläche in Nordamerika verdoppelte sich.

Marshallplan

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt das geschwächte Europa bedeutende, aber an Bedingungen geknüpfte Hilfe von den USA: Europa musste den zollfreien Import amerikanischer Agrarprodukte wie Getreide und Eiweisspflanzen fördern. Diese Ausrichtung wurde später mit einer Reihe Vereinbarungen zwischen der EU und den USA bestätigt. Die Konkurrenz aus Südamerika hat sich nach und nach etabliert. In den 90er-Jahren erhielten die Eiweiss-Importe aus Übersee wegen der BSE-Krise zusätzlichen Aufwind, da die Fütterung von Tiermehl fortan verboten war. Gleichzeitig wuchs die Produktion genmanipulierter Soja. Doch das GVO-Moratorium in der Schweiz und die ablehnende Haltung der europäischen Konsumenten schaffen Anreize für die Suche nach Alternativen zur amerikanischen Soja.

Die europäische Abhängigkeit reduzieren

Wie viele andere Länder ist auch

Österreich weitgehend vom Sojaimport abhängig (lediglich 13% der benötigten Soja stammen aus dem Inland). Österreich liegt im Donaueck. Dieses Gebiet könnte den europäischen Bedarf an qualitativ hochwertiger Soja decken. Die als Verein organisierte Plattform *Donau Soja* wurde im Januar 2012 gegründet. Sie schätzt das Produktionspotenzial der Donauregion auf mindestens 5 Mio. Tonnen, das auf 2,4 Mio. Hektaren angebaut werden könnte. Es wurden Studien durchgeführt, Regierungen kontaktiert und im Januar 2013, während der Grünen Woche in Berlin, haben mehrere Staaten die *Donau Soja Erklärung* unterzeichnet: Österreich, Ungarn, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien, Rumänien – und die Schweiz.

Die Plattform setzt sich für eine stärkere Berücksichtigung des Sojaanbaus im Rahmen der zukünftigen EU Programme ein (mit besonderem Hinblick auf die Reform für 2014). Sie will einheitliche Richtlinien für die Gentechnik-freie Produktion in Europa und die Einführung einheitlicher Pflanzenschutzrichtlinien für das Donaueck. Die wichtigsten Argumente für *Donau Soja* sind die Garantie für ein Gentechnik-freies Produkt, der Beitrag für eine eigenständige europäische Eiweissversorgung und die Integration des Donauraums in die EU dank wirtschaftlicher Chancen und Impulse für die Donaustaaten. Dadurch verfügen Unternehmen, welche die Nachfrage an Gentechnik-freien Lebens- und Futtermitteln bedienen wollen, gegenüber der Konkurrenz aus Lateinamerika über einen komparativen Vorteil.

Eine breite Koalition

Der Verein *Donau Soja* vereint 54 Mitglieder: Saatguthersteller, Genossenschaften, Akteure der Nahrungsmittel-, Futtermittel- und Fleischindustrie, NGOs und Grossverteiler, aber auch Greenpeace Österreich, Migros, Demeter oder die Fenaco gehören dazu. Angesichts dieser breiten Koalition macht das Projekt auf den ersten Blick einen guten Eindruck. Dennoch bleibt ein leiser Zweifel bestehen: Wie sollen die maximal 16 Länder des Donaubeckens ihre Produktion in so kurzer Zeit so massiv steigern können, zumal die Richtlinien die Nutzung von GVO und die Erschliessung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen verbietet? Wer wird diese Soja produzieren? Industrielle oder Familienbetriebe? Welche Länder sind tatsächlich betroffen?

Weiterlesen auf www.uniterre.ch

Valentina Hemmeler Maïga

Die Sektionen sind lebendig, sie organisieren zahlreiche Aktivitäten. Zögert nicht, wenn ihr sie kontaktieren wollt! Die Sektionen leben mit euch und halten euch einen Platz frei!

Genussewoche 2014

Uniterre ist zum 2. Mal Partner der Genussewoche. Sie findet vom 18. bis 28. September statt. Die Mitglieder von Uniterre haben Möglichkeit, Ihre Aktivitäten gratis im offiziellen Programm einzuschreiben. Mehr Info: 021 601 74 67

Agenda

Kommission Uniterre Ackerbau & Fleisch

6. März, 10 Uhr
Yverdon, Café Le Tempo
Themen: Futteranbau in der Schweiz, wie ankurbeln?
Installation einer nationalen Plattform, Linie für gerechtes Brot.

GV der FRACP

13. März, 18 Uhr
Agridea-Lausanne, Jordils 1 (Métro: Halt Jordils)

GV der Uniterre Sektion Fribourg

26. März
19.30 Uhr: Statuarische Versammlung
20.15 Uhr: offene Versammlung
Relais St. Jacques, Vuisternens-devant-Romont.

Utopie der Widerspenstigen, 40 Jahre Longo Mai

Vom 22. Februar bis 23. März

Zürich, Pôle-Sud

9. Festival du Film Vert

1.-31. März
in 30. Schweizer Städten
www.festivaldufilmvert.ch

Infos: www.uniterre.ch > Agenda

Sektion Zürich

Kontakt: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch
076 512 75 55

Sektion Nord-West

Kontakt: Florian Buchwalder

flobass@gmx.ch
079 470 70 48

Präsidium

Jakob Alt 044 748 08 52
Ulrike Minkner 032 941 29 34

Blick über den Tellerrand - Wer bestimmt, was auf den Teller kommt?

Zu diesem Thema war kürzlich eine Swissaid-Veranstaltung in Bern.

Fazit: Immer mehr geraten Lebensmittel in den Würgegriff von mächtigen Konzernen und Investoren. Staaten stehen oft tatenlos daneben. Dazu ein aufgeschnapptes Beispiel

aus Portugal. Hier bessern alte Menschen traditionellerweise oftmals ihren Lebensunterhalt auf, indem sie zum Beispiel Gemüse aus ihrem Gärtlein auf dem Dorfmarkt feilbieten. Dazu gesellten sich in jüngster Zeit immer mehr junge Arbeitslose, die statt

rumzuhängen Beeren sammeln oder verlassene Gärten und Rebberge wieder beleben und die Erzeugnisse zum Tausch oder Verkauf anbieten. Alles friedlich und in Eintracht. Bis dass der Staat, angestiftet von Marktmächtigen eingreift und die Märkte verbietet. Kleine

Regiomärkte schwächen schliesslich das grosse Geschäft. Not aber macht erfinderisch. Seit die Dorfmärkte zu Kulturhappenings umbenannt sind, fallen Verbote in sich zusammen. Wer will kontrollieren, ob beim Tausch von Pilzen gegen Wein alles regelkonform abgelaufen ist?